

## Antrag

**der Abgeordneten Michael Schlecht, Klaus Ernst, Matthias W. Birkwald, Susanna Karawanskij, Jutta Krellmann, Thomas Lutze, Thomas Nord, Richard Pitterle, Dr. Axel Troost, Dr. Sahra Wagenknecht und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Exportüberschüsse abbauen – Wende in der Lohnpolitik einleiten**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche Wirtschaft verkaufte 2014 Waren und Dienstleistungen im Wert von 190 Milliarden Euro mehr an das Ausland, als sie aus dem Ausland bezog. Im Jahr 2015 soll der Außenhandelsüberschuss laut Bundeswirtschaftsministerium sogar auf 206 Milliarden Euro steigen. Seit dem Jahr 2000 summieren sich die deutschen Exportüberschüsse auf 1,8 Billionen Euro, Ende 2015 werden es mehr als 2 Billionen Euro sein. Dieser gigantische deutsche Außenhandelsüberschuss musste vom Ausland mit Krediten finanziert werden. Folglich führte dies zu einer beständig anwachsenden Verschuldung anderer Länder gegenüber Deutschland.

Diese Verschuldung führte auch maßgeblich mit zur wachsenden Verschuldung der Europartner. Der deutsche Außenhandelsüberschuss ist damit eine zentrale Ursache für die anhaltende Eurokrise. Die Fortsetzung der deutschen Außenhandelsüberschüsse behindert eine nachhaltige Lösung der Eurokrise. Gleichzeitig verstoßen die jetzige Bundesregierung und die vorherigen Bundesregierungen damit gegen das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) vom 8. Juni 1967, welches einen ausgeglichenen Außenhandel vorschreibt.

Der Exportüberschuss ist maßgeblich auf das Lohndumping in Deutschland zurückzuführen. Dieses wurde von der SPD-Grünen-Regierung eingeleitet mit der Agenda 2010. Mit Leiharbeit, Befristungen, Minijobs und Werkverträgen wurden die Durchsetzungsbedingungen für gewerkschaftliche Tarifpolitik nachhaltig geschwächt. Auch wenn in den letzten Jahren wieder zaghafte Reallohnsteigerungen möglich wurden, liegt das preisbereinigte Einkommen eines/r Beschäftigten in Deutschland auf dem Niveau des Jahres 2000. Die Beschäftigten wurden nicht an dem Produktivitätszuwachs von 15 Prozent seit dem Jahr 2000 beteiligt. Dies führte zu einem Anstieg der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 60 Prozent.

#### II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG) einzuhalten und umgehend Gesetzentwürfe vorzulegen und Maßnahmen einzuleiten, die geeignet sind ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen durch ge-

zielte Stärkung der Binnennachfrage, insbesondere in dem die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Löhne erheblich stärker steigen. Dabei muss insbesondere das völlig unzureichende Tarifautonomiestärkungsgesetz nachgebessert werden. Das Verbot der Leiharbeit und des Missbrauchs von Werkverträgen sowie die Beschränkung von Befristungen auf wenige sachgrundbezogene Ausnahmen sind zu verankern. Zusätzlich ist eine bessere Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen vorzusehen. So kann die Tarifbindung ausgeweitet werden. Außerdem sind gesetzliche Regelungen zur Förderung gerechterer Welthandelsbeziehungen erforderlich.

Berlin, den 6. Mai 2015

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

## **Begründung**

Wird der Leistungsbilanzüberschuss betrachtet, in dem zusätzlich zum Exportüberschuss noch Einkommens- und Vermögenübertragungen berücksichtigt werden, dann beträgt laut Ifo-Institut der Überschuss Deutschlands zum Ausland 2014 sogar knapp 220 Milliarden Euro. Das ist ein neues Allzeithoch und gleichzeitig der größte Leistungsbilanzüberschuss weltweit. Selbst China hatte nur einen Leistungsbilanzüberschuss von 115 Milliarden Euro.

Der Leistungsbilanzüberschuss im Verhältnis zum deutschen Bruttoinlandprodukt lag 2014 bei 7,7 Prozent. Seit mehr als drei Jahren wird der überaus großzügig festgelegte Grenzwert der EU-Kommission von sechs Prozent damit deutlich verletzt. Dabei sind die Grenzwerte für die Leistungsbilanzungleichgewichte sogar asymmetrisch. Ein Verstoß gegen das Makroökonomische Ungleichgewichtsverfahren der EU liegt bei Leistungsbilanzdefiziten bereits bei einem Wert von minus vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes vor. Bei Leistungsbilanzüberschüssen gilt ein Wert von sechs Prozent.

Hinter dieser Festlegung stand politisches Kalkül seitens der deutschen Regierung, um nicht in die Kritik zu geraten. Das Kalkül ist gescheitert, weil selbst dieser höhere Grenzwert nicht eingehalten wird. Sanktionen drohen wegen den Überschüssen aber nicht, dafür hatte die Bundesregierung bei der Festlegungen der Regelungen im Rahmen des sogenannten Six-Pack im Jahr 2011 gesorgt. Das ist kein Zeichen nachhaltiger Wirtschaftspolitik, sondern den Machtverhältnissen und der wirtschaftlichen Dominanz Deutschlands geschuldet.

Die extreme deutsche Fixierung auf den Export stößt im Ausland zunehmend auf Kritik.

Der IWF zählt den deutschen Leistungsbilanzüberschuss zu den großen Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft, der für die globale Finanz- und die Schuldenkrise in Europa mitverantwortlich ist. IWF-Vizechef David Lipton hat dem Bundesfinanzministerium nahegelegt, zukünftig eine Zielgröße nicht mehr zu überschreiten und sich zu verpflichten, die hohen Überschüsse abzubauen. Die EU-Kommission hat eine offizielle und ausführliche Untersuchung der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse vorgelegt und fordert Deutschland auf, seine Binnennachfrage anzukurbeln. Im aktuellen Länderbericht der EU-Kommission zu Deutschland heißt es: „Auch in Deutschland (...) bestehen Ungleichgewichte, die entschlossene politische Maßnahmen und eine Überwachung erfordern. Nach Ansicht der Kommission sind in Deutschland bezüglich der zuletzt ermittelten Entwicklungstrends keine konkreten Verbesserungen festzustellen und die bisher getroffenen Maßnahmen unzureichend.“ Daher bestehe „die Möglichkeit eines ‚Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit‘ aufgrund anhaltend niedriger Investitionstätigkeit und hohen Leistungsbilanzüberschusses gekoppelt mit unzureichenden politischen Maßnahmen, eines höheren systemischen Risikos für das Euro-Währungsgebiet.“ Das US-Finanzministerium in Washington kritisierte in einem halbjährlichen Währungsbericht die deutsche Abhängigkeit vom Export und die „blutleere“ Binnennachfrage und sieht durch die deutschen Überschüsse die Stabilität in Europa und der globalen Wirtschaft gefährdet.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, die Überschüsse im Außenhandel zu reduzieren. Dazu sind auch zeitweise Defizite im Außenhandel notwendig. Nur so besteht die Chance, insbesondere für die Handelspartner in der Eurozone ihre Verschuldung abzubauen.

Massive Verbesserungen der Einkommen der Beschäftigten werden die Lebenssituation von Millionen Menschen in Deutschland verbessern und gleichzeitig zur Senkung des Überschusses im Außenhandel beitragen. Damit kann auch wieder ein gesetzmäßiger und EU-regelkonformer Zustand der deutschen Wirtschaft erreicht werden.

